

## **Gegen die Öffnung der Firmenarchive: Rechtskommission lässt sich von der Wirtschaft einschüchtern**

Die Drohgebärden des Wirtschafts-Dachverbands *economiesuisse* haben offensichtlich gewirkt: Die nationalrätliche Rechtskommission hat sich am 28. Oktober dagegen ausgesprochen, dass zur umfassenden Untersuchung der Beziehungen Schweiz-Südafrika während der Apartheid auch die Archive der Banken und Unternehmen geöffnet würden. *Economiesuisse*-Vertreter Thomas Pletscher drohte bereits Mitte Oktober mit einem Schaden für den Wirtschaftsstandort Schweiz, falls die Unternehmen ihre Archive öffnen müssten. Mit einem Brief an bürgerliche Kommissionsmitglieder hat der Verband offenbar nochmals nachgedoppelt.

Es hat sich gelohnt: mit 11 zu 9 Stimmen lehnte die vorberatende Kommission die parlamentarische Initiative von Pia Hollenstein (GP/SG) ab. Dagegen stimmten nebst SVP und FDP auch alle CVP-Vertreter, obwohl drei von ihnen zu den 80 Parlamentariern gehören, die die Initiative im November 2001 mitunterzeichnet hatten, darunter auch CVP-Vizepräsidentin Doris Leuthard (AG).

Die Begründung für ihren Kurswechsel: Öffne man jetzt die Archive der Unternehmen, dann arbeite man Ed Fagan und weiteren Sammelklägern in die Hand, die Akten würden dann auch vor die US-Gerichte gelangen. Dadurch würde das Risiko dieser Klagen für die Schweizer Wirtschaft erhöht. So seien sie auch von Vertretern des Aussenministeriums (EDA) informiert worden, sagt Leuthard.

Lagern in den Archiven der Schweizer Unternehmen also Dokumente, die vor Gericht gegen sie verwendet werden könnten? Zudem: Falls die Sammelklagen vor den US-Gerichten zugelassen werden, dann werden die beklagten Unternehmen irgendwann gerichtlich gezwungen, ihre Archive zu öffnen.

Die Initiative Hollenstein kommt in der Wintersession vor den Nationalrat.

ME